

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

"Aus den Tannen"

Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 M., mit Zustellung jährlich 550 M., bezugsweise 560 M. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 M., die Reklamzeile 75 M. Mindestbetrag bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörungen des Postverkehrs auf Beforderung. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 30 M., die Reklamzeile 75 M. Mindestbetrag bei Nichterhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörungen des Postverkehrs auf Beforderung.

Nr. 8.

Altensteig, Donnerstag den 11. Januar.

Jahrgang 1918

Der Friedensbruch Frankreichs.

Die nationale Abwehrfront Deutschlands.

Der Aufmarsch der französischen Divisionen ist beendet, der Einmarsch in deutsches Gebiet an der Ruhr bis zur Stunde noch nicht vollzogen, obwohl die Vortruppen schon länger in den Vororten von Essen stehen und das deutsche Düsseldorf einem Belagerer gleicht. Wird der Einmarsch noch einige Zeit verschoben, etwa bis 15. Januar, an dem Deutschland, wenn sein Materialumsatz abgelehnt wird, 500 Millionen Goldmark zahlen soll, die es nicht aufbringen kann? Wer will es sagen! Auch der Italiener steckt mit im Spiele, denn er will produktive Länder, aber keine militärische Aktion. Das ist der echte Mussolini.

Indessen wächst in Deutschland die nationale Abwehrfront zu einer Einheitsfront sämtlicher Parteien und Stände, wie aus den Tagesmeldungen hervorgeht. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hat wie die kürzlich stattgefundene Tagung der „Internationale“ in Köln folgende Stellung eingenommen:

„Als internationale Sozialisten und Verfechter des Ersten Programms waren wir nunmehr genötigt, auch für die Rechte des eigenen Volkes gegen fremde Unterdrückung aufzutreten. Es ist begreiflich, daß dieser Rollenwechsel in die Reihen unserer Partei eine gewisse Verwirrung gebracht hat. Aber die deutsche Sozialdemokratie mußte aus den Tatsachen die Schlüsselforderung ziehen, daß nimmermehr die Verteidigung der Rechte des eigenen Volkes fremder Unterdrückung gegenüber zu einer ihrer vorrangigsten Aufgaben geworden sei und daß sie eine internationale sozialistische Pflicht erfüllt, indem sie ihre nationale Pflicht tut. In diesem Sinne können wir die Erklärung des Reichstagslers Dr. Cunz unterschreiben, daß das gegenwärtige Verhalten Frankreichs „Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk“ darstellt, und daß wir nicht gezwungen sind, uns einem, von keinem Recht getragenen Zwang zu beugen. In diesem Sinne können und müssen wir auch manches unterschreiben, was in völkerrechtlicher Beziehung von Anhängern der äußersten Rechten über die gegenwärtige Lage gesagt worden ist. Dessen, was uns von ihnen trennt, bleiben wir uns deswegen doch bewußt. Daß das deutsche Volk den notwendigen Kampf um sein Recht mit unbeugbarer Entschlossenheit, aber auch mit Würde, Klugheit und Umsicht und damit auch mit Aussicht auf nahen Erfolg führt, dafür zu wirken muß jetzt die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein.“

Und auf der rechten Seite man die Regierung in der Abwehr der Gewaltakte. Dr. Helfferich wurde von dem französischen Botschafter in Berlin empfangen und hatte eine längere Aussprache über die Lage Deutschlands. Gleichzeitig stellt Helfferich in der „D. Z.“ alle die Rechtstitel zusammen, die Poincaré zerschreiben muß, um seine militärische Expedition ins Ruhrgebiet durchzuführen. Diese Rechtstitel sind nach Helfferich:

1. Der Artikel 234 des Versailler Vertrages, der Deutschlands Verpflichtungen abhängig macht von seinen Hilfsmitteln und seiner Leistungsfähigkeit.

2. Die Note Clemenceaus vom 16. Juni 1919, also vor Unterzeichnung des Vertrages, die die Reparationskommission verpflichtet, die gesellschaftliche, wirtschaftliche und finanzielle Organisation Deutschlands nicht zu stören, und weiter versichert: „Die Kommission ist weder ein Werkzeug zur Bedrückung, noch ein lästiges Mittel zur Einmischung in Deutschlands Hoheitsrechte. Sie hat keine Truppen zur Verfügung, sie hat keinerlei Exekutivrechte innerhalb der Gebiete Deutschlands.“

3. Clemenceaus Zusicherungen vom November und Dezember 1919 aus dem Schriftwechsel, den er mit dem Frhr. v. Lersner über das Schlussprotokoll zum Versailler Vertrag geführt hat. Clemenceau wollte in dem Schlussprotokoll ausdrücklich den Alliierten vorbehalten, im Falle der Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen „militärische und andere Zwangsmaßnahmen“ zu ergreifen. Dagegen erhob der deutsche Vertreter Einspruch mit der Begründung, dies heiße, den Krieg auch für den Friedenszustand weiterbestehen zu lassen. Das Ergebnis langwieriger schriftlicher und mündlicher Verhandlungen war schließlich das Auerkennnis des Herrn Clemenceau, daß nach der Inkraftsetzung des Friedensvertrages (die am 10. Januar 1920 erfolgt ist) die

Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat.“ — Erst nach Abgabe dieser Erklärung ist der Friedensvertrag von deutscher Seite ratifiziert und in Kraft gesetzt worden.

4. Zum Artikel 18 der Anlage II, woraus allein Poincaré seine „Verpflichtung“ zu einseitigem Vorgehen schöpft, hat Barthou, der Präsident der Reparationskommission, in seinem Buch über den Friedensvertrag erklärt: „Wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht, wird die Reparationskommission die interessierten Regierungen von dieser Verfehlung benachrichtigen, und die alliierten Regierungen werden in der Lage sein, im gemeinschaftlichen Einverständnis die Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen und Repressalien zu ergreifen, die Deutschland nicht als Kriegsmassnahmen ansehen darf.“

5. Im englischen Unterhaus hat Austen Chamberlain am 18. Mai 1922 die Zusage bekanntgegeben, die die französische Regierung nach der Besetzung von Frankfurt (Frühjahr 1920) dem britischen Kabinett gemacht hat; die Zusage lautete: „Bezüglich der Zukunft wiederholt die französische Regierung, daß sie bei allen interalliierten Fragen, die durch die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles aufgeworfen werden, nur in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten zu handeln beabsichtigt.“ Chamberlain bezeichnete damals diese Erklärung der französischen Regierung als eine „endgültige und klare Versicherung“.

Helfferich kennzeichnet das französische Vorgehen dahin: „Was die Regierung des Herrn Poincaré uns androht, geht weit über alles hinaus, was im Juli 1914 Oesterreich-Ungarn — doch immerhin auf Grund einer unerhörten Freveltat — Serbien zugemutet und angebroht hat.“

So bleibt der französische Auf- und Einmarsch ein Friedensbruch und ist Krieg gegen jedes Recht, wie das die verantwortlichen Männer der Reichsregierung wiederholt dargelegt haben.

Um die Stickstofflieferungen.

Die in der letzten Zeit mehrfach in der deutschen Presse erbetene Ablehnung der französischen Stickstofflieferungen ist ebenfalls unter den in der Denkschrift der französischen Regierung aufgeführten Verfehlungen Deutschlands bei der Ausführung seiner Entschuldigungsverpflichtungen enthalten. Die Verfehlung wird anscheinend in der Tatsache der Ablehnung erblickt, und als erschwerend wird angesehen, daß die deutsche Regierung sich gleichzeitig bereit erklärt habe, gegen Verhandlungen von Interessenten beider Länder über solche Stickstofflieferungen gegen Barzahlung keine Einwendungen erheben zu wollen. Zur Begründung des französischen Stickstoffbedarfs wird bemerkt, daß Frankreich auf Chilekalpeter angewiesen sei, da es nicht die nötigen Kohlen besitze, um seine Stickstoffherzeugung intensiver zu gestalten.

Die Denkschrift erkennt im übrigen an, daß Deutschland die nach dem Versailler Vertrag übernommene Verpflichtung der Lieferung von 30 000 Tonnen schwefelsaurem Ammoniak für die Dauer von drei Jahren korrekt durchgeführt hat.

Diese Lieferung von 30 000 Tonnen Ammoniakfalsat entsprach reichlich dem Bedarf von Stickstoff im zentralen Gebiet Nordfrankreichs, wie die französischen Sachverständigen selbst zugeben. Aus diesen Gründen erklärt sich auch ihre Festlegung als Pflichtlieferung im Versailler Vertrag. Wie schwer die korrekte Durchführung dieser Lieferungen für Deutschland ist, unter welchen Opfern sie geleistet wird, ist den Sachverständigenkreisen Frankreichs wohl bekannt. Die Pflichtlieferungen von 30 000 Tonnen Ammoniakfalsat laufen noch, gehen aber im Laufe des Monats April zu Ende. Vor Beendigung dieser Lieferungen hat Frankreich kein Recht, weitere Forderungen auf Lieferungen von schwefelsaurem Ammoniak zu stellen. Zum ersten Mal ist im Dezember 1922 ein französischer Ausschuss zu Verhandlungen über die Fortsetzung dieser Lieferungen in Berlin gewesen. Dabei wurden aber nicht etwa wie bisher 30 000 Tonnen Stickstoff, sondern 300 000 Tonnen, also das Zehnfache der bisherigen Pflichtlieferungen verlangt. So liegt also ebenso wie beim Holz und der Kohle eine Ueberforderung an Naturallieferungen vor. In der Verhandlung wurde den französischen Sachverständigen einwandfrei nachgewiesen, daß der

in Deutschland zur Zeit erzeugte Stickstoff bei weitem nicht ausreicht, um den eigenen für die Volksernährung unbedingt erforderlichen Bedarf zu decken. Die deutsche Regierung hat inselgedessen gebeten, von einer Forderung auf Lieferung von Stickstoff abzusehen. Da der vorgenannte Ausschuss aber anreize, Stickstoff im Ausgleich gegen Lieferung von französischen phosphorhaltigen Düngemitteln aus Algier und Tunis zu liefern, hat die deutsche Regierung allerdings erklärt, daß sie nichts dagegen einzuwenden hätte, daß solche Verhandlungen zwischen den Interessenten beider Länder geführt werden. Von einem Angebot gegen Barzahlung war dagegen nie die Rede. Bei diesem Zugeständnis ließ sie sich von dem Gedanken leiten, dem offensichtlich auftretenden Wunsch der Gegenseite, phosphorhaltige Düngemittel aus Frankreich abzustufen, keine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn private Verhandlungen der Interessenten über die Abnahme von Phosphaten aus Frankreich zu einem Ergebnis führen sollten.

Was endlich die eigene Stickstoffherzeugung Frankreichs betrifft, die, wie die Denkschrift behauptet, wegen Mangels an Kohle nicht intensiver gestaltet werden könne, so muß dem entgegengehalten werden, daß die meisten französischen Werke für den Betrieb mit Wasserkraft vorgesehen sind, daß aber Frankreich diese Werke zur Zeit nur zu einem kleinen Teile betreibt. Die Stickstoffherzeugung dieser Werke ist bei voller Förderung selbst nach französischen Angaben auf 350 000 Tonnen Stickstoff zu veranschlagen. Würde Frankreich also seine eigenen vorhandenen Werke voll in Betrieb nehmen, so würde es daraus offensichtlich, ohne eine Tonne Kohle mehr zu verwenden, fast die gleiche Stickstoffmenge erhalten, die es jetzt von Deutschland anfordert.

Ein Streit um Pflastersteine.

Die Entstehungsgeschichte und Durchführung einer Pflastersteinlieferung gibt der französischen Regierung Veranlassung zu der Behauptung, „daß der Widerstand sich systematisch auf allen Lieferungsgebieten zeigt“. Ihre Denkschrift über die angeblichen Verfehlungen Deutschlands bemängelt das geringe Angebot gegenüber den Anforderungen, die die Einhaltung der Liefertermine, die schlechten Qualitäten der Lieferungen und die ständige Unzufriedenheit mit den Preisbewilligungen. Aus allem dem wird die Schlussfolgerung gezogen, daß auch hier der böse Wille Deutschlands offensichtlich sei.

Eine einfache Darstellung der nackten Tatsachen soll diese ungerechtfertigte Behauptung selbst richten. Auch hier richtet sich die Klage gegen den Kläger, wenn gezeigt wird, wie überflüssig die ursprüngliche Forderung und wie unzureichend die Preise waren. Die ursprüngliche Forderung lautete auf 80 Millionen Pflastersteine, die bald selbst vom Wiederherstellungsausschuss zunächst auf die Hälfte herabgesetzt wurde. Die Bestellung über diese Mengen ging im Oktober 1921 ein, zu Preisen von 2600 bis 4000 Papiermark für 10 Tonnen, je nach Format und Qualität. Auf Grund einer im Januar 1922 erfolgten Besichtigungsreise der französischen Sachverständigen durch die Steinbrüche überzeugte sich Frankreich selbst von der Unmöglichkeit der Durchführung der Forderung. Hieran anschließend ermächtigte der Wiederherstellungsausschuss selbst die monatliche Liefermenge von 16 600 auf 7500 Tonnen ab 1. August 1922. Diese Liefermenge wurde im wesentlichen auch eingehalten, in einigen Monaten sogar überschritten. Durch Streik und Transportbeschwerden, sowie durch Ursachen, die die Gegenseite zu vertreten hat, wurden die Lieferungen in einigen Monaten gehindert. Immerhin beträgt die geleistete monatliche Durchschnittsmenge etwa 7000 Tonnen, nicht, wie behauptet wurde, 5500 Tonnen.

Wie unzulänglich die Preisbewilligungen waren, zeigt sich schon daraus, daß, obwohl Frankreich mehrfache Preissteigerungen um das Vielfache nach langen Verhandlungen bewilligte, trotz aller dieser Preissteigerungen die bewilligten Preise noch immer erheblich unter den deutschen Inlandpreisen blieben. Bei den Verhandlungen im August 1922 wurde von vornherein mit Zustimmung Frankreichs festgelegt, daß vom 1. November 1922 an neue Preisverhandlungen stattfinden sollten. Die Behauptung der Denkschrift, daß entgegen den Abmachungen mit Deutschland am 25. November eine neue Preissteigerung gefordert worden ist, ist also unzutreffend. Besondere Klagen, daß schlecht bearbeitete Steine und verkehrte Typen im großen Umfang geliefert worden seien, sind bisher von der französischen Regierung nicht eingelassen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Einstellungen auf das französische Format in den deutschen Steinbrüchen nur allmählich erfolgen konnten.

Inserate haben besten Erfolg!



Stuttgarter Börse, 10. Jan. Die Börse zeigte trotz hervorgetretener Gewinnabsichten eine ausdauernde Haltung. Im Freiverkehr gingen die Kurssteigerungen in der seitherigen Weise fort. Von Bankaktien hiesigen Notenbank um 500, Vereinsbank um 300 Punkte. Spinnereien außerordentlich fest. Erlangen und Kammerzellern Viehfabrik + 3000, Rattun + 1000, Wolfenden Weidwerk + 2900, Kolb und Schale - 600. Sehr begehrt waren Brauereien. Brauhaus Ravensburg + 1000, Thüraer ex Div. + 850, Württ. Hohenollern + 500, Wulle + 1600. Der Maschinen- und Metallmarkt war nicht einheitlich. Palmier - 200, junge 4600-4900, Feinmechanik - 3000, Jung- hant - 500, dagegen Hesser + 1000, Redarfalmer + 100 Württ. Metallwarenfabrik + 1000. Von den Abriegen Werten verloren Bad. Anilin 100, junge 9350 bis 9400 Zement Heidelberg - 2000, Deutsche Zement und Köln Rottweil - 100, Kraftwerk Altmühl- temberg - 90, dagegen Krumm 200 Punkte. Salz- werke Heilbrunn 3000, Stuttgarter Straßenbahn 250 höher. Im Freiverkehr: Eblinger Trikot 1200-1360, Pichtelgold 2220-2500, Kulaq 1500-1550, Geislin- ger Maschinen 3800-4000, junge 2600-2800, Germa- nia Linoleum 10 8000-11 300, Heilbronner Leder 7400-7250, junge 6800-6900, Wöllinger Zement 2500 bis 3200, Panfener Zement 8000-8300, junge 7000, Magirus 5800-5900, junge 2100-4300, Ufa 4600 bis 4450.

Hautversteigerung Stuttgart. Bei der am Dien- stag im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof gehaltenen Häuteversteigerung wurden bei starkem Besuch und flottem Geschäft bezahlt: für Lohenhäute bis 29 Pf. 1704 Mt., 30-49 Pf. 1471-1526 Mt., 50-59 Pf. 1400-1413 Mt.; für Rinderhäute bis 29 Pf. 1742 bis 1755 Mt., 30-49 Pf. 1801-1874 Mt., 50-59 Pf. 1531-1572 Mt.; für Schafhäute 30-49 Pf. 1346 bis 1382 Mt., 50-59 Pf. 1301-1339; Fellenhäute bis 29 Pf. 1705-1718 Mt., 30-49 Pf. 1698-1775 Mt., 50-59 Pf. 1220-1270 Mt. Ausschuss aller Gattungen: 1061 Mt., norddeutsche Häute 1216 Mt., Kalbfelle 3080-3321 Mt., Felle 1979 Mt., Sam- melhülle gefalzen 840-751 Mt., trocken 1015 Mt.

Letzte Nachrichten.

Zurückführung der deutschen Botschafter in Paris und Brüssel.

WTB. Berlin, 10. Jan. Botschafter Dr. Mayer ist telegraphisch angewiesen worden, die Gesandtschaft an einen Botschaftsrat abzugeben und Paris zu verlassen. Eine entsprechende Weisung hat auch der Gesandte Dr. Landsberg in Brüssel erhalten.

Die Reichsregierung hat die deutschen Vertreter im Kas- larb angewiesen, bei den fremden Regierungen unter ein- gehender Darlegung der Sach- und Rechtslage gegen die vertrags- und völkerrechtswidrige Gewaltpolitik Frankreichs und Belgiens Verwahrung einzulegen.

Ueberrichtung einer franz. und belg. Note.

WTB. Berlin, 10. Jan. (Amstsch.) Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger haben heute dem Reichsminister des Auswärtigen gleichlautende Noten übergeben. In diesen wird u. a. in schließlicher Weise ver- sprochen, daß Deutschland keine militärische Invasion be- drohe, zugleich aber mit schwersten Maßnahmen gedroht, bei Nichterhaltung ihrer Anordnungen.

Reichsminister des Innern, Dr. von Rosenfeld erklärte, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, daß er indessen schon jetzt gegen die argeländigte Aktion Pro- test erhebt, weil sie einen Bruch der Verträge und des Völkerrechts bedeute.

Die französischen Sanktionen.

* Paris, 10. Jan. Heute nachmittag um 4 Uhr über- reichte der Attaché des Ministeriums des Auswärtigen dem

deutschen Botschafter Dr. Mayer eine Note von Poincaré, in der die Maßnahmen notifiziert werden, die die französische Regierung ergreifen wird. Zu gleicher Stunde wurde dem Auswärtigen Amt in Berlin durch den dortigen französischen Botschafter die gleiche Mitteilung übermittelt. Die bel- gische Regierung wird ihrerseits solidarisch mit der französi- schen Regierung die gleiche Mitteilung in Brüssel und in Berlin machen. In der Note wird mitgeteilt, daß sich eine Mission von Ingenieuren nach dem Ruhrgebiet be- gibt, um über die von Deutschland auszuführenden Kohlenlieferungen die Kontrolle auszuüben. Die Note teilt den Ort des Aufenthalts dieser Mission nicht mit; jedoch wird erklärt, daß sie von Truppen zu einem absolut friedlichen Zweck, nämlich dem der Sicherheit der Mission und um die Or- dnung da aufrecht zu erhalten, wo sie ihre Tätigkeit ausübt, begleitet werde. Der Mission sollen zwei italienische In- genieure angehören.

Zurückführung der amerif. Truppen am Rhein.

WTB. Washington, 10. Jan. (Reuters.) Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Das Memelgebiet bedroht.

WTB. Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung aus Memel sollen zwei litauische Kompagnien und etwa 50 Bl- wipersonen die memelische Grenze überschritten haben. Die deutsche Öffentlichkeit wird über diesen Friedensbruch aufs äußerste beunruhigt sein. Wieder einmal schickt sich anstehend eine fremde Macht an, krenndrisches Land gegen den ausgesprochenen Willen seiner Bevölkerung zu besetzen.

Personentarif-Erhöhung bei der Eisenbahn.

WTB. Berlin, 10. Jan. Der künftige Ausschuss des Reichseisenbahnrats hat die Notwendigkeit einer Erhöhung der Personentarife zum 1. Februar 1923 um 100 % anerkannt.

Für die Schließung verantwortlich: Ludwig Bontz. Druck und Vert.: der W. Klotz'schen Buchdruckerei Altensteig.

Postscheck-Konto.
STUTTGART
2772.



Bank-Konto:
Handwerkerbank
Altensteig.

KARL HENSSLER SENIOR
INH. HEINR. HENSSLER
Eisenwaren & Werkzeughandlg.

Telefon Nr. 15

Tischlerartikel
engros

Gegr. 1848

Klein-Eisenwaren

Möbelbeschläge

Baubeschläge

Werkzeuge für Holzbearbeitung
• für Hand- und Maschinengebrauch •

Landwirtschaftl. Geräte

Haus- und Küchengeräte

Oefen

Kolonialwaren

Farbwaren

Cigarren, Tabak, Cigaretten.

umwagte Bekannmachungen.

Der Sachverständige für Kraftfahrzeuge kommt am Don- tag, den 15. Januar d. J. nach Freudenstadt. Interes- senten wollen sich 10 Uhr 30 vorm. beim Gerätehaus der Stdt. Feuerprütz in Freudenstadt einfinden.

Regold, den 10. Januar 1923. Oberamt: R. n. g.

Rottannenzapfen

kauft im Auftrag zu den höchsten Tagespreisen.

Paul Jannasch, Altensteig.

Verladen wird kommenden Samstag, 13. Jan., von vormittags 9 Uhr ab, am Bahnhof Altensteig.

Kauf!

An die Bürger von Altensteig u. die Postbesitzer der Umgegend! **Kammerjäger Th. H. Tholen** kommt in den nächsten Tagen nach dort, um Ratten u. Mäuse wirklich radikal unter Garantie zu vertilgen durch Auslegen von Ratten-Post Bojllus, welcher für Menschen u. Haustiere unschädlich, aber unter Nagerkieren eine ansteckende Krankheit erwzt. Schwaben, Wanger, Ruffen u. Feldmäuse werden ebenfalls unter Garantie vertilgt. Bestellungen sende man sofort unter Kammerjäger Th. H. Tholen, Chem. Inst. Institut, an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Friseur- Lehrling

gesucht
Karl Morhard
Stuttgart Falkenstr. 54.

Unterreichenbach.
Gasthof und Pension
zum Löwen.

Suche für sofort ein draues,
fleißiges und ehrliches

Mädchen

für Zimmer, Küche u. zum
Servieren.
Hoher Lohn u. gute Be-
handlung zugesichert.

Fran Emil Seeger.

Einen neuen
Kleider-Schrank

verkauft. Wer? sagt die Ge-
schäftsst. d. St.

Zugelaufen

schöner Schäferhund.
Abzuholen gegen Einrückungs-
gebühr und Futtergeld inner-
halb 3 Tagen bei
Martin Seeger, Beuren.

Leuzenloch.

Einen Stier

zum Angewöhnen verkauft
Joh. Kalmbach.

Simmersfeld.

Zwei Paar schöne, starke

**Säufer-
Schweine**

hat zu verkaufen
Joh. Burster, Wehr.

Alshalden.

Zwei

**Säufer-
Schweine**

hat zu verkaufen
Großmann.

Reißzeuge

in gebiegener Ausführung
sind wieder eingetroffen und
empfehlen preiswert
die
W. Nieber'sche Buchh.
Altensteig.

Hochdorf.

Wahlvorschlag!

Wähler u. Wählerinnen! Wenn Ihr am Samstag zur Wahlurne schreitet, so überlegt Euch vorher, ob wir im alten Schlandrian weitermachen, ob wir die seitherige Verschleppungspolitik gut- heißen, ob wir die verkehrte reaktionäre Sparfam- keitspolitik unterstützen wollen. Wenn nicht, so wählt einen Mann, der in geistiger, sowie in jeder Hinsicht dafür bürgt, daß sich auch der Gemeinde- haushalt der Neuzeit anpaßt und die seitherige Gefühlsduselei aufhört.

Darum wählt einstimmig

Andreas Gauß

zum Ortsvorsteher.

Altensteig.

Achtung! Hausfrauen!

Beim Kaufhaus werden morgen
Freitag, 12. Jan., den ganzen Tag
Lumpen jeder Art,
sowie Wollpapier aufgekauft.

Hauslumpen pr. Kilogr. Mk. 50-60
Wollgestricktes p. Kg. Mk. 200-250.